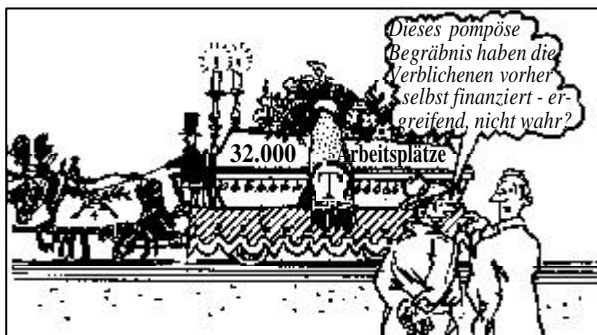


Privatisierung? Enteignung von Volksvermögen!

Post, Bahn, Klinik, Stadtwerke... – nach EU-Richtlinien soll der gesamte öffentliche Aufgabenbereich folgen – werden privatisiert und dem Profit untergeordnet. Die Uniklinik wurde zu einem Spottpreis verhöbert, so daß sich der Vize-Vorstandschef Meder in einem Interview (GAZ, 201.06) brüsten konnte, die fusionierten Unikliniken Gießen/Marburg werden bis 2009 schwarze Zahlen schreiben. Was heißt das? Das heißt, daß Tausende Beschäftigte gehen müssen, daß die Patientenversorgung entsprechend schlechter wird, und das heißt, daß in drei Jahren Krankenkassenbeiträge (das sind die Einnahmen einer Klinik) in die privaten

Taschen der Kliniks-Aktionäre fließen werden. Was soll das Lamentieren um steigende Kosten im Gesundheitswesen, wenn so von der Krankenversicherung die Profite bezahlt werden?!

derung aufgehoben wurde. Ende Januar protestierten die Beschäftigten des Call-Centers der Telekom in Gießen gegen den Abbau von 180 Arbeitsplätzen. Das ist nur die Spitze des Eisberges; insgesamt 32.000 Arbeitsplätze will die Telekom in nächster Zeit streichen, nachdem in den vergangenen Jahren bereits Zigtausende abgebaut wurden. Und das, obwohl sie im vergangenen Jahr Höchstprofite erzielt hat. Das Perverse daran ist: die Telekom stellt, 3,3 Mio. Euro zur Verfügung, um diese Arbeitsplatzvernichtung



„Wir werden deutlich über die geplanten 400 Millionen Euro kommen... Man kann gut von einer Verdoppelung unseres Gewinns sprechen.“
(Bahn-Chef Mehdorn Ende Dez. 2005)
„Wir hatten einmal 380.000 Mitarbeiter; heute sind in Deutschland im Bereich Brief noch 150.000 Menschen beschäftigt. Das ging völlig geräuschlos.“
(Deutsche-Post-Chef Zumwinkel)

Inzwischen ist eine Klage anhängig, nach der gerichtlich geprüft werden soll, ob die hessische Landesregierung überhaupt befugt war, das Klinikum zu veräußern, oder ob es nicht lediglich ihre Aufgabe ist, zu verwalten. Eine berechtigte Klage, auf die man nicht hoffen sollte. Das herrschende Recht ist stets das Recht der Herrschenden. Und wenn Paragraphen dem entgegenstehen, werden sie passend gemacht. Im Grundgesetz (Artikel 73) stand auch, daß Bahn und Post ausschließlich staatliche Angelegenheiten sind – bis dies in ganz großer Koalition der Kapitalparteien mit einer Verfassungsän-

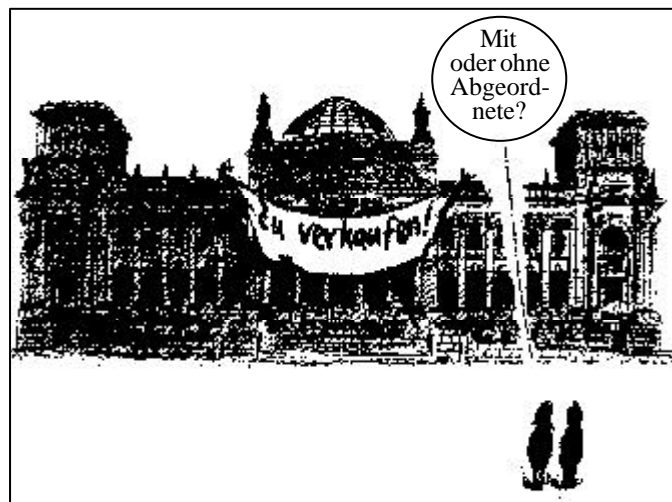
derung aufgehoben wurde. Das läßt erahnen, mit welchen Riesenprofiten dort zu rechnen ist.

Wachsende Arbeitslosigkeit und Armut bei gleichzeitigem unermeßlichen Reichtum sind die Markenzeichen des Kapitalismus. Diese Schere wird immer weiter auseinandergehen, wenn die Macht des Kapitals nicht gebrochen wird. Diese Verhältnisse erfordern eine andere Gesellschaft, eine sozialistische, in der die Menschen des Landes selbst über die Verwendung des von ihnen erarbeiteten Reichtums bestimmen.

Michael Beltz

Privatisierung ist Umverteilung!

Bund, Länder und Gemeinden liefern sich einen Wettbewerb im Verschleudern öffentlichen Eigentums. Besonders eifrig ist Hessen. Ein Behördengebäude nach dem anderen wird verkauft und sofort langfristig zurückgemietet. So werden Haushaltslöcher gestopft, aber die Steuergelder der nächsten Jahrzehnte verschwendet. Interessant in diesem Zusammenhang sind Angebote von Immobilienfonds, die solche Behördenhäuser erwerben. Sie bieten den Anlegern einen garantierten Kapitalrückfluß von 230% in 19 Jahren. So



funktioniert die Umverteilung: Durch Steuergeschenke gibt es mehr flüssiges Kapital, das wird zum Kauf von Staatseigentum verwendet, und in Zukunft fließen die Steuern von denen, die noch welche bezahlen, als Miete direkt in die Kassen der finanzkräftigen Anleger. G.L.

„Wir sind uns hier nicht einig darin, daß wir die Machtfrage mit der Eigentumsfrage verbinden.“
(Oskar Lafontaine auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz am 14.1.06 in Berlin)

Bei der **Rüstung** kürzen, damit die **Gemeinde** nicht zu kurz kommt